

Leitantrag BUND Leipzig 2013

Zur Zukunft der extensiven Landwirtschaft anlässlich der EU - Agrarreform 2013

Vor dem Hintergrund der geplanten Reform der Agrarpolitik durch die EU im Jahr 2013 stellt die BUND-Regionalgruppe Leipzig ihren Leitantrag zur Massentierhaltung zum Beschluss vor.

Die Agrarpolitik hat mit der Festlegung von Standards für die praktische Landwirtschaft großen Einfluss darauf, was wir essen, wo das Essen herkommt und ob Lebensmittel nachhaltig hergestellt werden. Für einen verbesserten Umwelt- und Naturschutz in der Landwirtschaft brauchen wir viele Landwirte, auf deren Wiesen und Äckern eine Vielfalt an Tieren und Pflanzen gedeiht. In der aktuellen Agrarpolitik kommt es dagegen europaweit immer häufiger zur Aufgabe von Bauernhöfen beziehungsweise bewirtschaften die verbleibenden Betriebe zunehmend intensiv. Das heißt Massentierhaltung, Anbau von Monokulturen und zu viel Düngemittel und Pestizide.

Im Jahr 2013 will die EU diese Agrarpolitik reformieren. Der BUND setzt sich dafür ein, dass LandwirtInnen für ihre Produkte angemessene Preise erhalten und zudem staatliche Förderung für besonders nachhaltiges Wirtschaften – im Sinne des Verbraucher-, Umwelt- und Tierschutzes.

Im besonderen Fokus des BUND steht dabei der Kampf gegen die Massentierhaltung. Eine Studie hat ergeben, dass sich auf etlichen Supermarkt-Hühnern Antibiotika-resistente Keime befinden, die auf eine zu hohe Medikamentengabe zurückzuführen sind. Diese Intensivtierhaltung führt zu großen gesundheitlichen Beeinträchtigungen der Verbraucher.

Daher fordert der BUND Leipzig:

- Die Abschaffung der Tierfabriken
Der BUND Leipzig fordert einen konsequenten Wandel hin zu einer dezentralen und ökologischen Tierhaltung mit dem Ziel der Abschaffung von Massentierhaltung in Mastanlagen. Millionen Schweine, Vögel, Fische und Rinder vegetieren in Tierfabriken vor sich hin, in denen sie aus Kostengründen auf engstem Raum gehalten werden.
- den Ausbau einer regionalisierten und umweltschonenden Agrarwirtschaft
Zur Zeit ist ein Wachstum für Betriebe nur durch Export möglich und die Subventionen dafür liegen in Millionenhöhe. Zudem können Konzerne diese Gelder für Rationalisierungsmaßnahmen und damit zum Arbeitsplatzabbau nutzen. Außerdem belasten die Transporte in enormem Maß Klima und Umwelt. Regionale bäuerliche Betriebe hingegen sind umweltverträglich und schaffen Arbeitsplätze.
- die Abkehr vom Leitbild Wachstum hin zur Nachhaltigkeitspolitik
Bisher werden die Agrarsubventionen pauschal je Hektar ausgezahlt. Das bedeutet, je größer der Betrieb, desto höher die staatliche Unterstützung. Wir fordern eine Bindung der Subventionen an ökologische und Tierschutzkriterien und eine Deckelung der Subventionen pro Betrieb.
- Die konsequente Reformierung der Tierschutz- und Arzneimittelgesetze
Der durch Intensivhaltung auf kleinstem Raum ausgelöste Stress der Tiere führt zu Kannibalismus und Federpicken, dies zu Infektionen und erhöhter Anfälligkeit, was wiederum zu alarmierend hohen Medikamenten-Verabreichungen, besonders von Antibiotika führt. Auch in der kürzlich beschlossenen Neuerung des Arzneimittelgesetzes sind keine verminderten Antibiotikagaben in Mastanlagen, Zuchtbetrieben und auf Fischfarmen geregelt.

Wir fordern daher eine gesetzliche Begrenzung für die Verabreichung von Medikamenten!

- Die Eindämmung der Gesundheitsrisiken für Verbraucher aus Massentierhaltungen
Die resistenten Keime auf dem Fleisch aus Mastanlagen inaktivieren Antibiotika und können bei geschwächten Menschen schwere Erkrankungen auslösen. Die Eindämmung der Gesundheitsrisiken für Verbraucher aus Massentierhaltung ist dem BUND ein besonderes Anliegen. Deshalb fordern wir die Einführung der Deklarierungspflicht für Futtermittel sowie Zusatzmittel in der Produktion aller tierischer Produkte.
- Eine bundesweit einheitliche Erfassung der Antibiotika-Vergaben in Bezug zur Tierhaltung sowie deren Veröffentlichung.
- Den Verzicht auf die Ausbringung gentechnisch veränderter Saaten, sowie das Verbot der Verwendung gentechnisch veränderter Futtermittel.“